



AGDF ■ Eнденicher Straße 41 ■ D-53115 Bonn

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41  
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0  
Telefax: 0228/24999-20

agdf@friedensdienst.de  
www.friedensdienst.de

Bank  
BIC  
IBAN

KD-Bank eG Duisburg  
GENODED1DKD  
DE73 3506 0190 1011 3910 16

## **Kommentar zur friedensethischen Stellungnahme des Rates der EKD zum UN-Mandat für den Einsatz gegen den IS-Terror<sup>1</sup>:**

### **Das Leitbild des Gerechten Friedens ist die politische Handlungsoption der Kirchen**

In der Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung vom 27. September heißt es u.a.:

*"Wir bedauern, dass in der friedensethischen Stellungnahme des Rates der EKD zum UN-Mandat für den Einsatz gegen den IS-Terror der Fokus auf die Option der Waffenlieferung und Militärintervention gelegt wird. Sie steht damit in der Tradition kirchlicher Stellungnahmen, in denen militärgestütztes, staatliches Handeln letztlich legitimiert wird, ohne die Neuorientierung hin zum gerechten Frieden angemessen umzusetzen. Wir begrüßen, dass die EKD dem Schutz von Flüchtlingen hohe Bedeutung beimisst und ermutigen sie, sich für eine dem Verhältnis des Flüchtlingseleuds angemessene und zeitnahe Aufnahme von Flüchtlingen einzusetzen. Die Defizite der neuen EKD-Stellungnahme unterstreichen die Notwendigkeit, die kirchliche Friedensarbeit und den internen friedentheologischen und friedensethischen Diskurs zu intensivieren."*

Im Folgenden möchten wir die Einschätzung der AGDF-Mitgliederversammlung näher erläutern. Dazu prüfen wir zunächst die Argumente, die die militärische Gewalt legitimieren sollen anhand von vier Kriterien der EKD-Friedensdenkschrift. Wir halten sie für keineswegs erfüllt. Ferner prüfen wir die Argumentationslinien der Stellungnahme. Wir halten sie für nicht schlüssig. Vielmehr bleiben entscheidende Fragen offen. Abschließend führen wir aus, welche Erwartungen wir weiterhin an die EKD haben.

#### **1. Werden die Kriterien der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 einer "ultima ratio" für den Einsatz militärischer Gewalt im Fall der Waffenlieferungen an kurdische Milizen erfüllt?**

Der Rat der EKD ist zu dem Urteil gekommen, dass angesichts des IS-Terrors "im Nordirak wesentliche friedensethische Prüfkriterien erfüllt (sind), (...), dass ein militärisches Eingreifen zum unmittelbaren Schutz der bedrohten Bevölkerung legitim ist." Und: "Die internationale Gemeinschaft prüft zu Recht, welche Mittel einer

---

<sup>1</sup> Die EKD-Stellungnahme vom 24.09.2014 ist eingestellt unter: <http://www.ekd.de/download/friedensethik.pdf>

effektiven Hilfe eingesetzt werden können." Genannt werden Luftangriffe westlicher Staaten und Waffenlieferungen an "kurdische Peschmerga". Letztlich rechtfertigt die Stellungnahme die Entscheidung der Bundesregierung, in den Konflikt durch die Lieferung von Waffen als Kriegspartei einzugreifen.

Im Folgenden prüfen wir vier wesentliche friedensethische Kriterien.

### **1.1. Gibt es keine Alternativen zu einem militärischen Eingreifen (als "ultima ratio")?**

Für den Rat der EKD "erscheinen in der gegenwärtigen Lage militärische Mittel als letzte verbliebene Möglichkeit, um wirksame und schnelle Hilfe zu bringen". Damit wird angenommen, dass alle gewaltärmeren Mittel versagt haben.

**Die Ursachen** für die (militärische) Stärke der IS **liegen auch in der Politik der westlichen Staaten**. Das Vorgehen der USA im Irak ist - angefangen von der militärischen Intervention bis hin zu dem Versuch, den Übergang in eine demokratische Ordnung zu gestalten - gescheitert. Die Rüstungsexporte deutscher Unternehmen in die Region haben mit dazu beigetragen, dass es IS nicht an hochmodernen Waffen fehlt. IS wurde offenbar mit Wissen der jeweiligen Regierungen aus Saudi-Arabien, Kuwait und der Türkei unterstützt, Staaten, die eng mit dem Westen verbündet sind und reichlich auch von Deutschland mit Rüstungsexporten versorgt werden. Deutschland hat viele Jahre ignoriert, dass von Deutschland aus die IS und andere islamistische Gruppen mit Kämpfern "versorgt werden". Die politische Auseinandersetzung mit dem Assad-System wurde in den letzten Monaten vernachlässigt, ebenso die Einbindung des Irans und Russland in die (Krisen-)Diplomatie, ungeachtet der bestehenden Konflikte mit „den westlichen Staaten“.

Welche Möglichkeiten gibt es heute, die Menschen zu schützen und das Morden der IS zu beenden?

In einer Stellungnahme von Misereor<sup>2</sup> werden folgende Alternative zu einem militärischen Eingreifen genannt:

#### **- politische Diplomatie:**

für eine Einbindung sunnitischer Parteien in die irakische Regierung; diplomatische Einbindung aller regionaler Akteure (auch des Iran); Eindämmen von Rüstungsexporten in die Region und Stopp der Finanzflüsse an die IS (u.a. durch den Verkauf von Öl); politische Stärkung der Opposition gegen das syrische Regime von Präsident Assad.

#### **- Humanitäre Hilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen:**

Aufnahme von 100.000 Flüchtlingen aus den Krisenregionen nach Deutschland; finanzielle Unterstützung der kurdischen Regionalverwaltung, die ihr zustehende Steuermittel von der irakischen Zentralregierung vorenthalten werden und dringend Mittel u.a. für ihre humanitären Aufgaben benötigt..

- generell eine **strategisch ausgerichtete Friedenspolitik**, die einer Friedenslogik folgt (s.u.)

---

<sup>2</sup> "Zu Situation im Irak: Frieden schaffen - mit immer mehr Waffen?" von Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer MISEREOR, September 2014

Die Mittel, die in die Lieferung der Waffen und die Ausbildung kurdischer Krieger investiert werden, fehlen an anderer Stelle, wo sie Flüchtlingen zu Gute kämen und einem Ende der kriegerischen Kämpfe förderlich wären.

### **1.2. Inwieweit sind die Waffenlieferungen taugliche Mittel? Passen sie in ein politisches Gesamtkonzept?**

Warum greifen westliche Staaten in den Krieg ein und werden damit Partei? Warum engagiert sich die irakische Armee mehr in der Unterdrückung der Bevölkerung als im Kampf gegen die IS? Warum bekämpft die syrische Armee primär andere Gegner? Warum greift die Türkei nicht ein? Weshalb engagiert sich nicht mehr die (Organisation Afrikanischer Staaten) und bemühen sich die Nachbarländer um eine Isolierung und Bekämpfung der IS? Stattdessen fordern sie ein Eingreifen der westlichen Staaten.

Diese sind aber durch ihre Vergangenheit (s.o.) bei weiten Teilen der arabischen, muslimischen Bevölkerung nicht wohl gelitten und unglaubwürdig. Mit dem Eingreifen lieferten sie der IS den Feind, den sie brauchte, um mehr Kämpfer zu mobilisieren und durch die Tötung westlicher Geiseln den Konflikt weiter zu eskalieren.

Mit Blick auf ein politisches Gesamtkonzept ist es notwendig, zuerst alle Staaten in der Region in die politische Verantwortung zu nehmen und dann gemeinsam über ein abgestimmtes Vorgehen zu entscheiden.

Militärische Experten fragen, welchen Nutzen die gelieferten Waffen von ihrer Art (u.a. Pistolen) und Zahl her den kurdischen Milizen in ihrem bewaffneten Kampf gegen die IS bringen, ob die Ausbildung auch im Häuserkampf bedrohte Minderheiten erfolgreich schützen kann. Kleinwaffen dienen in vielen Regionen primär zur Unterdrückung der Zivilbevölkerung.

Die Lieferung an kurdische Milizen bedeutet, dass eine nicht staatliche Kriegspartei unterstützt wird. Dies allein ist ein Dambruch: Was bedeutet dies für das Völkerrecht? Wie steht es um die Prinzipien Demokratie und "good governance"? Welche Konsequenzen hat dies für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Internationalen Waffenhandelsvertrags der UN? Untergräbt es die Glaubwürdigkeit der politischen Grundsätze der Bundesregierung für die Genehmigung von kommerziellen Rüstungsexporten? Und weiter: Werden die Waffen auch an die mitkämpfende PKK weitergegeben, die möglicherweise in Kürze wieder gegen die Türkei in den Kampf zieht? Werden dieselben Waffen später für den Krieg für ein eigenständiges Kurdistan eingesetzt? Was bedeutet dies für die NATO, wenn der Kampf auch gegen die Türkei geführt würde?...

### **1.3. Gibt es eine moralisch gute Zielsetzung, realistische Ziele und hinreichende Erfolgsaussichten?**

Zunächst stellt sich die Frage, was Ziel eines Eingreifens in den Konflikt ist. Die USA verfolgen mit ihrer Unterstützung der kurdischen Milizen explizit das Ziel, IS zu bekämpfen. Von der Bundesregierung wird aufgeführt, dass es um den Schutz von Menschenleben geht. Aber was heißt dies konkret? Und lässt sich das Ziel, die IS militärisch durch eine Unterstützung der kurdischen Milizen zu stoppen, erreichen? Die Entwicklung in den letzten Wochen zeigt, dass die Skeptiker/innen Recht zu haben scheinen: Wenn überhaupt, dann

müsste durch Bodentruppen interveniert werden. Aber was hätte dies wiederum für Auswirkungen? Wie viele zusätzliche Opfer (auch) in der Zivilbevölkerung hätte dies zur Folge.

Sicher ist aber, dass es der Region nicht an Waffen mangelt (auch nicht der irakischen Armee), und immer mehr Waffen mittelfristig zu einer größeren Destabilität beitragen. Niemand kann garantieren, dass die Waffen bei den kurdischen Milizen bleiben und - wenn ja -, ob diese nur zum Kampf gegen die IS eingesetzt werden. Beides ist vielmehr unwahrscheinlich.

#### **1.4. Wie ist es um die legitime Autorität bestellt?**

Das Eingreifen des Westens beruht nicht auf einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Er wurde aufgrund des Konfliktes mit Russland in der Ukraine-Krise nicht angerufen. Damit wird ein weiteres Mal dessen Autorität ausgehöhlt, das Gegenteil vor der Forderung in der EKD-Denkschrift. Die irakische Regierung genehmigte zwar die Waffenlieferungen, unterstützt sie aber nicht. Und sie war bzw. ist zudem aufgrund der fehlenden Einbindung von sunnitischen Parteien nur bedingt glaubwürdig. An Glaubwürdigkeit fehlt es aufgrund ihrer verkehrten Politik den westlichen Staaten.

*Zusammengenommen erkennt die AGDF-Mitgliederversammlung nicht, dass die Entscheidung der Bundesregierung, Waffen an die kurdischen Milizen zu liefern, den kirchlichen Kriterien zur Beurteilung des Einsatzes militärischer Gewalt Stand hält. Die Legitimierung militärischer Gewalt hält sie für falsch.*

## **2. Wie schlüssig ist die Argumentation der friedensethischen Stellungnahme des Rates der EKD?**

In der Stellungnahme fehlt eine systematische Analyse der politischen Situation (in der Region). Zudem gibt es einige begriffliche Unklarheiten und Behauptungen, die nicht konkretisiert werden, und die letztlich in der Argumentation dazu führen, die Waffenlieferungen als alternativlos darzustellen:

- "Aus Sicht christlicher Friedensethik sind Maßnahmen im Nordirak notwendig, die der unmittelbaren Bedrohung der Menschen (...) wirksam begegnen."

Ist es immer möglich, dort wo es notwendig zu erscheint, wirksam einzugreifen? Sind militärische Maßnahmen (immer) wirksam? Können wir immer eingreifen? Ist es nicht manchmal auch notwendig auszuhalten, dass ein "unmittelbar wirksames Eingreifen" nicht möglich ist - zumindest nicht, ohne mehr kaputt zu machen?

- "Die internationale Gemeinschaft prüft zu Recht, welche Mittel einer effektiven Hilfe eingesetzt werden können."

Mit "internationale Gemeinschaft" sind de facto nur die westlichen Staaten gemeint (nicht UN, arabische Staaten oder ...). Da danach auf Luftangriffe und Waffenlieferungen verwiesen wird, wird der Eindruck erweckt, dass diese effektiv sein könnten. Und weiter:

- "Militärische Mittel erscheinen in der gegenwärtigen Lage als die letzte verbliebene Möglichkeit, um wirksame und schnelle Hilfe zu bringen."

Auch im Konjunktiv, auch hier sind einige unbegründete Behauptungen drin: Diplomatie und Flüchtlingsaufnahme helfen nicht schnell und wirksam? Können militärische Mittel wirklich wirksam sein? Und wofür?

- ""Nur Recht schafft Frieden" ist die für die christliche Friedensbotschaft zentrale Einsicht."

In dem Zusammenhang ist unklar, welcher Begriff von Recht gemeint ist. Geht es um staatliches Recht, was nach der EKD-Denkschrift notfalls auch militärisch durchgesetzt werden darf? Dies würde in dem Argumentationszusammenhang Sinn machen, wäre aber inhaltlich verkehrt. Oder geht es um Gerechtigkeit? Dann müsste aber der Argumentationsbogen deutlich weiter aufgemacht werden, als es im Folgenden geschieht und es fachlich geboten erscheint.

- Ein Mandat des UN-Sicherheitsrats und ein umfassendes politisches Konzept mit klaren Zielen sind wünschenswert. (...) "Diese Perspektive muss jetzt schon alle aktuellen Maßnahmen leiten."

An dieser Stelle erwarten die Lesenden, dass analysiert wird, ob die Entscheidung der Bundesregierung die beschriebenen Prüfkriterien hinreichend erfüllt. Abgesehen von dem Verweis, dass (immerhin) die irakische Regierung die internationale Gemeinschaft (= die westlichen Staaten?) um Unterstützung gebeten hat, erfolgt dies aber nicht. Stattdessen kommt überraschend der allgemeine Satz:

- "Nach den uns zur Verfügung stehenden Informationen sind im Nord-Irak wesentliche friedensethische Prüfkriterien erfüllt, um zu dem Urteil zu kommen, dass ein militärisches Eingreifen zum unmittelbaren Schutz der bedrohten Bevölkerung legitim ist."

Dies irritiert nicht nur, sondern wirft auch Fragen auf: Welche Informationen? Informationen und Einschätzungen von Brot für die Welt und auch den Friedensdiensten wurden jedenfalls nicht abgefragt. Auch der „Dringende Aufruf des Höchsten Rates der Evangelischen Gemeinden in Syrien und im Libanon“ findet inhaltlich keine Berücksichtigung<sup>3</sup>. Welche wesentlichen Prüfkriterien werden erfüllt? Welche nicht? Und: Kann durch das geplante militärische Eingreifen der unmittelbare Schutz der bedrohten Bevölkerung wirklich verbessert werden?

Erst nach dem Urteil werden unter dem Schlagwort "Risiken" (weitere) kritische Aspekte genannt, die eigentlich wesentlich in die Urteilsbildung hätten einfließen müssen.

- "Dies wird betont, wenn militärisches Eingreifen polizeilichen Charakter hat im Sinne des in der ökumenischen Friedensethik entwickelten Begriffs des ""just policing"."

---

<sup>3</sup> In dem dringenden Aufruf des Höchsten Rates der Evangelischen Gemeinden in Syrien und im Libanon an alle Evangelischen und Protestantischen Kirchen und Organisationen weltweit vom 29.08.2014 werden dringende Aktivitäten gefordert, u.a. eine gut durchdachte Strategie, um die christliche Präsenz und die anderer moderater Gruppen in der Region zu erhalten, humanitäre Hilfe – aber kein bewaffnetes Eingreifen.

Hier werden in unverantwortlicher Weise militärische Ausrüstung, Ziele und Einsätze mit polizeilichen Maßnahmen gleichgesetzt - offenbar um erst genanntes harmloser darzustellen. Dies wird der ökumenischen Diskussion zu "just policing" nicht gerecht.

### 3. Schlussfolgerungen

Die EKD-Stellungnahme wird nicht dem Anspruch gerecht, die friedensethischen Prüfkriterien hinreichend auf das militärische Eingreifen durch Waffenlieferungen an kurdische Milizen anzuwenden. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass die Argumentation das Ziel verfolgt dieses Eingreifen zu legitimieren und damit auch die bereits zuvor erfolgten entsprechenden Äußerungen Leitender Geistlicher zu rechtfertigen.

Damit legitimiert die EKD die in der Bevölkerung höchst umstrittene Entscheidung der Bundesregierung und vergibt eine Chance, in der Friedensfrage *wertorientiert* Profil zu zeigen, was viele von ihr erwarten.

In der Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung heißt es dazu:

*"Die Evangelischen Kirchen fordern wir auf, sich in der politischen Diskussion zur Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne des Leitbildes des gerechten Friedens als politischer Handlungsoption zu positionieren: für eine aktive gewaltfreie Friedenspolitik der Abrüstung und gewaltfreien Konflikttransformation und damit für die Abkehr von Macht- und Militärpolitik."*

Bonn, den 28. Oktober 2014